

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 633

Mittwoch, 31. Mai 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Was die VIP-Häftlinge über den Ausbruch der "Patrona" wissen.....	1
Ausnahmestand in Ixchiguán und Tajumulco, San Marcos.....	3
Rat der Maya-Völker hält die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Oxec für „kriminell“.....	4
Das Volk der Ch'orti' klagt Verbrechen, Verhaftungen und Verfolgungen an.....	5
Die Generalstaatsanwältin eröffnet das Sekretariat für indigene Völker der MP.....	5
Mesoamerika erhebt sich: ein Buch von den Widerständen, für die Widerstände.....	6

Was die VIP-Häftlinge über den Ausbruch der "Patrona" wissen

Maritza Lemus -alias La Patrona- ist die Chefin einer Bande, die Entführungen, Morde und andere Delikte im Zusammenhang mit dem Drogenhandel in Guatemala verübt hat. Ihr Aktionsumfeld ist Santa Rosa, Departement Escuintla, Guatemala-Stadt und Moyuta im Departement Jutiapa. 2014 wurde die Bande von der PNC zerschlagen. Im März 2015 wurde sie zu 94 Jahren und 8 Monaten Gefängnis verurteilt - und zwar wegen der Entführung und Ermordung ihres Ehemannes Amando Lemus. Nun ist sie am 10. Mai aus dem Militärgefängnis Mariscal Zavala geflohen. An dem Tag hatte eine Feier zum Muttertag im Gefängnis stattgefunden und es wurden Geschenke verteilt und Alkohol floss. Dabei waren auch die PP-Abgeordneten Anabella de León, Daniela Beltranena und Emilenne Mazariegos. Richterin Blanca Staling - so war Kameraaufnahmen zu entnehmen - besuchte unbehelligt ihren Sohn in einem anderen Sektor. An jenem Tag konnte der Freund von La Patrona und Anwalt von Roxana Baldetti, Benjamin Estrada, ebenso unbehelligt dreimal mit seinem Auto in das Gefängnis herein und wieder heraus fahren. Womöglich hat er ‚seine‘ Maritza mitgenommen? Einige Wächterinnen sind verhaftet worden, nicht jedoch die Soldaten, die die Überwachungskameras abgebaut haben.

Gabriel Woltke, Redakteur des Nómada begab sich an den Ort des Geschehens und sprach mit einigen VIP-Häftlingen, wobei er deren Identität schützte. Seine Reportage erschien am 19. Mai, eine weitere zwei Tage zuvor.

Eine Woche nach der Flucht von Maritza Lemus alias La Patrona aus dem Sektor „A“ des Militärgefängnisses Mariscal Zavala gibt es nichts mehr zu feiern. Nómada konnte in die Gefängnisanlagen gelangen, in denen mit Hochdruck versucht wird, die Sicherheit wiederherzustellen. Die WächterInnen in der Strafanstalt scheinen erschrocken zu sein und die VIP-Häftlinge beklagen sich über die Festnahme der "Kinder". Jene, die an jenem 10. Mai besonders beschenkt worden sind, haben ihre eigene Version der Fakten. Ein Soldat öffnet die Tür, die Mütze passt und er nähert sich und sagt mühevoll: "Entschuldigen Sie, mein Herr, aber sie können ihren Wagen aus Sicherheitsgründen nicht innerhalb der Anlage abstellen, aber wir könnten ihn dort [in der Gasse, d.Red.,] parken." Die Gasse, die zum Eingang der Militärbrigade und einem Nachbarhaus führt, scheint voller Autos zu sein.

VIP ist bekannt als Abkürzung für sehr wichtige Personen, die Mächtigen. AnwältInnen und Familienangehörige der VIP-Angeklagten kommen zu Fuss. Weder die SoldatInnen noch die WächterInnen der Strafanstalt überprüfen die BesucherInnen der mächtigsten Untersuchungshäftlinge, die von ehemaligen PräsidentInnen und MinisterInnen, Abgeordneten und UnternehmerInnen, RichterInnen und Militärs oder Capos reichen. Den WächterInnen ist nur auferlegt, nach dem Personalausweis zu fragen, um den Namen der BesucherInnen in eine Liste einzutragen.

Dienst haben fünf WächterInnen, die sich von der Sonne schützen in einer improvisierten Hütte aus Holz und Nylon. Man spürt eine gewisse Spannung, genau wie jene, die es zwischen den Häftlingen des Sektors „A“ gibt. Eine kleine Gemeinschaft aus 17 Personen, darunter eine ehemalige Richterin, drei ehemalige Abgeordnete, ein mutmasslicher Drogenhändler und ein ehemaliges Bandenmitglied, das versucht, sich in einen effizienten Helfer zu verwandeln. Einige von ihnen sind bereit zu sprechen, sofern ihre Identität nicht bekannt gemacht wird. "Und pass gut auf, dass sie dich nicht vergiften.", warnt uns jemand. (..)

Unbehagen gibt es nur bei wenigen Inhaftierten. Zuvor konnten sie umher gehen und wieder kommen oder den Sektor B besuchen, wo ex-Präsident Otto Pérez Molina anzutreffen ist, nun können sie nicht mehr weiter kommen als bis zum Gang, der den Kerker umfasst. Andere dürfen nicht einmal ihre Zelle verlassen.

"Die Armen, alles gute Leute. Es tat mir in der Seele weh, diese Mädels weinen zu sehen", sagt jemand und bezieht sich auf Tania López, eine der Wächterinnen, die von einem Richter in Untersuchungshaft gesteckt wurde. Tania López war die 24-jährige Wächterin, die versicherte, dass sie "la Patrona" nach dem letzten Besuch ihres Anwaltes bis zur Zelle geführt habe. "Sie waren echte Freundinnen", sagt die Quelle, um sie von ihrer Schuld zu entlasten. "Und der Gefängnisdirektor glaubt auch an ihre Unschuld?" - "Schlussendlich sind solche Geschichten immer politisch. Was sollen sie denn machen, umzingelt von Soldaten?"

Die Kameras - ein vorweggenommener Plan?

Die Kaserne der Brigade breitet sich in den Hügeln zwischen den Zonen 16 und 17 der Hauptstadt aus. Es ist ein unregelmässiges Terrain mit viel Wald. Eine zwei Meter hohe Mauer mit Stacheldraht, aber ohne Strom, trennt die Kaserne von den Schluchten, Wohngebieten und Supermärkten.

Die Regierungsvereinbarung 557-2015 bestimmt, dass die zwei Areale der Militärbrigade als Gefängnis genutzt werden sollen. Der Sektor „B“ ist dabei jener, der besonders hohe Sicherheitsstandards hat und sich oben auf dem Hügel befindet, ein Kilometer vom Eingang entfernt. Der Sektor „A“ ist dagegen weniger als 10 Meter vom Eingangsbereich entfernt. Es ist ein Gebäudekomplex, der in verschiedene Gefängnisstrakte aufgeteilt ist, die bis vor einer Woche keinerlei Vorkehrungen dagegen hatten, dass ein Angeklagter bis zum Eingang spazieren oder im Wald umherstreifen konnte.

„Hier denkt man über die Flucht nach und hier werden sie geplant. Es kann auch eine grosse Welle sein, aber schau, wenn einer fliehen will, dann geht er. Was passiert, ist folgendes: So wie die Dinge stehen, wenn du fliehst und sie dich wieder einfangen, vergiss nicht, dass du später einen Handel mit der Staatsanwaltschaft schliesst. La Patrona floh, weil sie hier ein ganzes Leben bleiben sollte“, sagte einer der Angeklagten.

Später zeigte er mit einem breiten Lächeln auf die Posten, die an jeder Ecke des Komplexes platziert sind, bis dorthin, wo die Sicherheitskameras sind. „Vor etwa 15 Tagen kamen ein paar Soldaten, um sie zu entfernen, weil sie abgebrannt waren, aber wie du siehst, sind diese hier Attrappen (Fakes). Wenn eine Kamera brennt, tauschen sie die Sicherungen aus – und dann gehen sie wieder.“

Dieses Argument wurde auch vor dem Untersuchungsrichter von zwei WächterInnen vorgebracht, aber das Verteidigungsministerium erklärte, dass es keine Kenntnis davon hätten, dass sie entfernt worden waren. Wenn es keine Kameras um den Gefängnisstrakt herum gibt, kann man aus einer Entfernung von mehr als 5 Metern mindestens sechs SoldatInnen sehen, die das Areal überwachen. Es gibt aber nichts, das die GefängniswächterInnen sehen können, was die Soldaten nicht auch sehen können. Ebenso wenig gibt es irgendeine Beschilderung, um klarzustellen, wo die Verantwortung der beiden Institutionen (Militär, Gefängnisverwaltung) beginnt und wo sie aufhört. „Als die Patronin gehen wollte, musste sie durch die Tür gehen. Wer über eine der Mauern abhauen wollte, muss über physische Kräfte verfügen, wie ein Soldat; die sie aber nicht hatte“, verdeutlicht einer ihrer ehemaligen GefängnisgenossInnen.

Die Anwälte der letzten Nacht

„Manchmal sind die WächterInnen aber auch naiv, weil ... warum stürzen sie sich in Probleme. An jenem Tag brachte "Michón" (Benjamín Estrada, Anwalt der Ex-Vizepräsidentin von Roxana Baldetti und Verlobter der Patrona) Essen mit und legte es auf dem Rückweg ab und da waren sie dann gemeinsam.“ - Der Ort, auf den er zeigt, befindet sich auf der Seite der Zeltunterstände nahe an den Eingängen der Trakte, dort, wo es nicht möglich war, das Areal genau zu kontrollieren. Noch weniger konnte ein jeder der 17 Inhaftierten und ihre jeweiligen BesucherInnen überwacht werden.

Eine weitere Quelle versicherte, dass, wenn jemand über einen Fluchtplan spricht, man niemals geglaubt habe, dass dies wahr sei. Sie sofften zusammen und sie erinnert sich, dass in der Nacht zum 10. Mai neben Benjamín Estrada auch Denis Cuesy, der Anwalt von Daniela Beltranena, vor Ort war. Dieser wiederum versicherte, dass er dort hingegangen sei, um sich auf die Anhörung vorzubereiten, die am folgenden Tag stattfinden sollte und wies jedes Wissen über die Fluchtpläne der Patrona von sich: „Das ist absolut falsch, denn hättenwir das mitbekommen, hätten wir es auch angezeigt. Das ist ja nicht nur irgendein Ausbruch, sondern einer, der für Guatemala eine grosse Gefahr darstellt.“

Ein Tag später stürmte die Staatsanwaltschaft (MP) den Sitz der Kanzlei „Rechtliche Logistik“ in Zone 10 der Hauptstadt. Sie nahmen einen Computer mit. In der Kanzlei dementierte man alles; ein Anwalt Namens Denis Cuesy arbeite „seit vier Monaten“ nicht mehr dort. Der Anwalt selbst bestätigte, dass gegen ihn ermittelt werde, allerdings nur, weil er eben an jenem Abend im Gefängnis gewesen sei.

Über den genauen Zeitpunkt der Flucht herrschte keine Einigkeit, aber irgendwann in der Nacht im Wagen von Benjamín Estrada oder am folgenden Tag mit der Hilfe der WächterInnen. Unklar ist vor allem, warum Marixa Lemus aka La Patrona, die einzige Inhaftierte war, die eine Zelle für sich alleine hatte, obwohl sie das Bad mit der ehemaligen Abgeordneten Emilene Mazariegos teilte. Im Moment kann die MP jegliche Hypothese zu den Vorgängen weder bestätigen noch dementieren, weil die Untersuchung noch im Gange ist. Aber diese Tatsache schliesst nicht aus, dass auch wegen der Verantwortlichkeit des Militärs ermittelt wird.

Der berühmte Jahrgang 103

Den höchsten Posten in der Brigade Mariscal Zavala hat der Kommandant Ronald Hermán Vásquez Sosa seit 2016. Er gehört zum berühmten Jahrgang 103 der Polytechnischen Schule, aus der viele Militärs mit Einfluss auf die Regierung von Jimmy Morales entstammen. Unter den Absolventen befinden sich: Mario Efraín Aragón Paredes, dem Jimmy Morales wichtige Aufgaben im Innenministerium auferlegt hat, darunter auch das Strafrechtssystem; der derzeitige Verteidigungsminister Williams Mansilla; der ex-Abgeordnete Alsider Arias; der Abgeordnete Armando Melgar Padilla und der ehemalige Leiter des Sekretariats für Verwaltungsaufgaben und Sicherheit des Präsidentsamtes (SAAS), José Ignacio López Jiménez.

Der Bruder des Erstgenannten, Oberst Edvin Aragón Paredes, war Absolvent des Jahrgangs 7 der Schule für Höhere Strategische Studien, ebenso wie Oberst Byron Santos Galindo, der Anwalt der Patrona war und festgenommen wurde, als er mit 55.000 US-Dollar in bar angetroffen wurde und nicht erklären konnte, woher das Geld stammte.

Während die Ermittlungen im Strafrechtssystem fortschreiten, ist die Flucht der Patrona „eine traurige Tatsache“ und für das Verteidigungsministerium „ein Problem ausserhalb ihrer Zuständigkeit“. Zudem mussten zwei Jahre und eine Flucht vergehen, ehe die Institutionen entschieden, das Areal zu abzugrenzen. Nun arbeiten etwa 15 ArbeiterInnen daran, eine Mauer aufzuschichten, die das Areal der Verhafteten von dem Rest der Kaserne trennt. Und schliesslich ist es weit davon entfernt, ein Hochsicherungsgefängnis zu sein, obwohl das Verteidigungsministerium es für genau das hält.

Einer der Verhafteten hält fest: „Klar ist: Wir fliehen nicht, weil wir es nicht wollen [*und nicht weil sie es nicht können, d.Red.*].“

Ausnahmezustand in Ixchiguán und Tajumulco, San Marcos

Guatemala/San Marcos, 19. Mai – Die Regierung von Guatemala informierte die Öffentlichkeit darüber, dass sie ohne einen Schuss abzugeben, die Territorien von Ixchiguán und Tajumulco, zwei benachbarte Landkreise im Departement San Marcos nahe der mexikanischen Grenze, wieder unter ihre Kontrolle gebracht hat. Zwischen den beiden Landkreisen gibt es bereits seit 1933 Grenzstreitigkeiten, die nun eskaliert waren und dazu geführt hatten, dass die Regierung den Ausnahmezustand verhängte. Hintergrund ist auch der Anbau der lukrativen Mohnpflanze. 1933 war bei der Gründung der Landkreise der Grenzverlauf unklar geblieben.

Präsident Jimmy Morales versicherte, nachdem er die ersten Informationen über die Geschehnisse erhalten hatte, dass die Intervention des Staates das Ziel hatte, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, nachdem der Dialogprozess, der 2016 begonnen worden war, als gescheitert angesehen wurde. Der Präsident erklärte, dass dies auch durch die Präsenz von DrogenhändlerInnen begründet sei sowie durch den Besitz grosskalibriger Waffen einiger Gruppen, die die BewohnerInnen in Angst und Schrecken versetzten. Morales forderte eine Verbesserung der Sicherheitslage und staatlichen Kontrolle. Momentan seien 1.040 Militärangehörige, 1.200 PolizistInnen und 450 Mitglieder der Anti-Drogeneinheiten vor Ort.

Während eines Besuchs im Überwachungszentrums des Obersten Verteidigungsstabes erstattete dessen Leiter, Juan Manuel Pérez, dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister Williams Mansilla und dem Innenminister Francisco Rivas Bericht: „Zu den positiven Ergebnissen der Operation gehört, dass es keinerlei Schusswechsel gab, dass die Patrouillen und Kontrollposten errichtet wurden und so zur Ruhe in der Bevölkerung beigetragen haben“. Die Patrouillen seien an strategisch wichtigen Wegen zwischen San Pablo, Tajumulco und Ixchiguán postiert. Er fügte hinzu, dass in den nächsten Stunden 30 Haftbefehle ausgeführt werden und zudem die 15 aus dem Dorf Las Brisas vertriebene Familien (insgesamt 90 Personen) wieder nach Hause gehen könnten. „Auch Trinkwasser konnte aufgrund der Gespräche vor Ort wieder angeboten werden“, sagte er. (...)

Hintergrund: Drogenhandel

Fast 500 Mitglieder der Anti-Drogeneinheiten haben diesen Freitag (19. Mai) eine historische Operation gestartet, um mindestens 5 Millionen Mohnpflanzen in den Landkreisen Ixchiguán und Tajumulco zu zerstören. (...) Laut Verteidi-

gungsminister Williams Mansilla gebe es nur wenige Familien, die sich hier dem Anbau von Gemüse und Mais widmen. Die Mehrheit baue Mohn an, aus dem Rohopium für Heroin gewonnen werde.

Der Konflikt – so Mansilla – habe sich am 28. Februar verschärft, als mutmassliche BewohnerInnen der Gemeinden Tujichán (Ixchiguán) und Villa Real (Tajumulco) gegeneinander kämpften, wobei eine Person starb und mehrere verletzt wurden. Bereits 2016 sei ein Dialogprozess eingeleitet worden, um die jeweiligen Standpunkte in den Gemeinden zu diskutieren. Ein Bürgermeister habe jedoch entschieden, die Diskussionsrunden zu verlassen.

Eine weitere Eskalation stellte die Gefangennahme und spätere Freilassung von 17 PolizistInnen durch BewohnerInnen von Villa Real dar, die in der vergangenen Woche stattfand. Laut Mansilla gibt es in der Grenzzone zwischen beiden Gemeinden Schutzwälle gegen Bombardements, was zeige, dass sowohl die BewohnerInnen von Ixchiguán sowie von Tajumulco über Erfahrungen in der Kriegsführung verfügten. Während der Pressekonferenz am Donnerstag (18. Mai) zeigte der Verteidigungsminister Videos, auf denen die Schusswechsel zwischen den beiden Banden zu hören sind, und Fotos der Mohnpflanzen in der Region. Er wies darauf hin, dass im vergangenen Jahr drei Mohnpflanzen-Vernichtungsaktionen durchgeführt wurden – als „Belohnung für den Dialog“. Aber diese Aktion sei gescheitert.

Während der 30 Tage Ausnahmezustand wurden folgende BürgerInnenrechte eingeschränkt: Handlungsfreiheit, rechtliche Verhaftungen, Untersuchungshaft, Bewegungsfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und das Waffenbesitz.

Entscheidung über Ausnahmezustand von Regierung und Kongress

Der Ausnahmezustand wurde am 11. Mai von der Regierung beschlossen und am folgenden Tag vom Kongress mit 114 Ja-Stimmen gebilligt. Danach setzte die Exekutive die Massnahmen um, um die Auseinandersetzungen zwischen den BewohnerInnen der beiden Landkreise einzudämmen. Der Kongressabgeordnete aus San Marcos, Julio Longo, unterstützte die Massnahmen und sagte, dass bereits seit 12 Tagen die Strassen geschlossen seien und das Problem der mangelnden Sicherheit zugenommen habe. Er verwies auch auf 70 Familien, die in der Region lebten und ihre Häuser aufgrund der Spannungen verlassen mussten. Eine/r von den AnwohnerInnen zeigte die Munition, die von den Gewehren verschossen wurde.

Der Abgeordnete von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), Orlando Blanco, kritisiert die „Schwäche“ der Exekutive offen zuzugeben, dass die Probleme zwischen Ixchiguán und Tajumulco mit dem Drogenhandel zu tun hätten: „Da kämpfen Kartelle gegeneinander um die Kontrolle über die Mohnproduktion“, sagte er.

Die Abgeordnete von Zusammen für Guatemala (EG), Nineth Montenegro, bat im Plenum darum, dass die zuständigen Institutionen alle zwei Wochen einen Bericht abgeben sollten. Der linke Abgeordnete Álvaro Velásquez seinerseits bat das Büro des Menschenrechts-Ombudsmanns (PDH) darum, die Einhaltung der Verfassungsrechte während der polizeilichen Aktionen zu überwachen. Der Ausnahmezustand gilt für zunächst 30 Tage und endet damit Mitte Juni. (Cerigua, EP)

Rat der Maya-Völker hält die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Oxec für „kriminell“

Guatemala, 25. Mai – Der Rat der Maya-Völker (CPO) nannte die Entscheidung des Verfassungsgerichts (CC), den Stopp der Bauarbeiten für die Wasserkraftwerke Oxec I und Oxec II in Santa María Cahabón, Departement Alta Verapaz aufzuheben, „kriminell“, da sie einem Befehl der Oligarchie entspreche und diese schütze.

In einer Pressemitteilung des CPO wurde daran erinnert, dass die ursprüngliche Entscheidung des Justizsystems dem Antrag des Volkes der Q'eqchi' zu folgen und in der Konsequenz einen Baustopp des genannten Projektes zu verfügen, ein Niederreißen des Vorhangs der Straffreiheit gewesen sei – und zwar in einem Kontext, in dem allzu offensichtlich Kriminelle an den höchsten Stellen des Justizsystems ihr Unwesen getrieben haben.

Nach Ansicht des Rates der Maya-Völker liegt die Schwäche des Justizsystems nicht in ihrem institutionellen und normativen Aufbau, sondern hängt damit zusammen, wer über die Macht verfügt. Diese erkläre die Unterwürfigkeit des CC. Die Aufhebung des Baustopps sei ein plumptes Manöver, das nicht mit den Anforderungen an Volksbeteiligung, wie sie die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingeführt habe, in Einklang steht, sondern als eine Aggression gegen die Intelligenz und Fähigkeiten der Völker gewertet werden müsse. Der CPO hält dem CC vor, seinen eigenen Urteilen zu widersprechen und transnationale Unternehmen gegen die Souveränität der Völker, deren strategischen Güter und gegen die Gesundheit jener, die am Fluss Cahabón leben, zu begünstigen.

Schliesslich ruft der Rat der Maya-Völker alle Völker, Organisationen und alle DemokratInnen des Landes auf, einen einheitlichen, breiten Pakt zu schliessen, der sich der Verteidigung ihrer grundlegenden Rechte widmet, etwa die Volksbefragung und die freie Selbstbestimmung, um die repressiven, neoliberalen Kräfte des Todes zu verändern und die politische Macht in Frage zu stellen. (Cerigua)

Das Volk der Ch'orti' klagt Verbrechen, Verhaftungen und Verfolgungen an

Guatemala, 27. Mai – Indigene und bäuerliche Gemeinden des Volkes der Ch'orti' versandten eine Pressemitteilung, in der sie die noch nicht aufgeklärten Morde an sieben ihrer Angehörigen (2012/2013 sowie 2016) und die Verhaftung des indigenen Bürgermeisters José Méndez Torres und des Aktivisten Melvin Álvarez am 19. Mai diesen Jahres anklagten.

In der Mitteilung heisst es:

„Wir sehen uns einer brutalen und systematischen Repression gegenüber, die sich gegen das Leben und die Freiheiten richten. Wir nehmen uns die Freiheit, um den Instanzen gegenüber die Morde an Juan de Dios Ramírez, Catarino Pérez und David Almazán [alle 2013, d. Red.], Angelino García Ramos und Álvaro Carranza Díaz [2016, d. Red.] sowie Eleví Hernández (2012, d. Red.) und Lorenzo Reyes [2013, d. Red.] anzuklagen.

Zugleich wurden der indigene Bürgermeister Méndez Torres und der Aktivist Melvin Álvarez aus der Gemeinde Campanario Avanzada im Landkreis La Unión, Departement Zacapa, am Ende einer Versammlung festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis „Los Jocotes“ gebracht. Als Volk der Cho'rti' verurteilen wir dies auf das Schärfste und klagen diese Akte vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit an. Die Institutionen versuchen durch ihre systematische Repression die indigenen Gemeinden zu zerstören und aus ihren Territorien zu vertreiben.“

Weiterhin machten die VertreterInnen des Maya-Volkes den Staat für die aktuellen Verbrechen, aber auch für die weiterhin ungesühnten Morde an sieben KameradInnen verantwortlich. Sie forderten von der Obersten Staatsanwältin Thelma Aldana, dass sie die Verantwortlichen vor Gericht bringt und die Haftbefehle gegen die MörderInnen ausstellt.

Am Ende spricht die Presserklärung davon, dass die Wahrnehmung ihrer Rechte respektiert werden müsse, ohne kriminalisiert oder diskriminiert zu werden, und dass sie um Wahrheit und baldige Gerechtigkeit für ihre Gemeinden und die Befreiung von politischen Zwängen bitte. (Cerigua / Redaktionelle Recherchen, da in der Cerigua-Meldung nicht ersichtlich war, dass die genannten Morde z.T. schon viele Jahre zurückliegen.)

Die Generalstaatsanwältin eröffnet das Sekretariat für indigene Völker der MP

Guatemala, 25. Mai – Die Generalstaatsanwältin und Leiterin der Staatsanwaltschaft (MP), Thelma Aldana, eröffnete das Sekretariat für Indigene Völker und präsentierte das Strategiepapier „Politischer Zugang der indigenen Völker zur Staatsanwaltschaft, 2017-2025“. Laut der Webseite der MP wurde die Eröffnungsveranstaltung von der Generalstaatsanwältin geleitet. Sie wurde unterstützt durch Liliana Valiña, Repräsentantin des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala, Kenneth MacLean, Direktor des Büros für Demokratie und Governance bei USAID, Pedro Baran Tzay, Sekretär für indigene Völker bei der MP, Mayra Véliz, Generalsekretär der MP und Rootman Pérez, Sekretär für Politische Kriminalität. Ebenfalls nahmen VertreterInnen von indigenen Maya-Völkern, Garifuna und Xinca teil.

Thelma Aldana erinnerte daran, dass die MP seit vier Jahren eine Abteilung für Indigene Völker habe, die mit dem Ziel eingerichtet worden sei, Studien bzgl. indigener Völker zu erstellen und institutionelles Handeln zu evaluieren um neue Strategien vorzuschlagen.

„Wir sind an dem Punkt, an dem die MP ein Organ auf höherer Ebene braucht, das die Arbeit im Rahmen der internationalen Konventionen und Verträge über die Rechte indigener Völker berät, koordiniert und ausführt. Daher habe ich das Sekretariat für Indigene Völker geschaffen, eben damit auf einer höheren organisatorischen Ebene neue Aufgaben vorgeschlagen, implementiert und evaluiert werden. Guatemala hat unter Aktionen gelitten, die Menschen trennten und ausgrenzten, und zwar jene, die weniger besitzen und die indigenen Völker vertreten. Es gab eine Diskussion, die sehr ernsthaft geführt werden musste, um die rassistischen Praktiken und die Diskriminierung zu korrigieren.“, sagte Aldana. Es sei der Moment gekommen, den wahren Willen zu zeigen, um in der Politik und im Handeln zu garantieren und die indigenen Völker und jede/n einzelne/n Angehörige davon überzeugen, dass es eine Pflicht des Staates gibt, für eine multikulturelle und ethnische Vielfaltigkeit zu sorgen, mit der wir unsere Zivilisation bezeugen können.

Als Teil der Strategie „Demokratischen Kriminalitätspolitik des Staates Guatemala, 2015-2035“, die unter der Leitung der MP steht, werden indigene Autoritäten zu jenen Sektoren gehören, die Werkzeuge zur Umsetzung entwickeln werden. Zu den Prinzipien dieser politischen Strategie gehöre die Anerkennung der Diversität und der Multikulturalität, der Mehrsprachigkeit der Gesellschaft und der Respekt der indigenen Völker im Justizsystem und im Staat in seiner Gesamtheit. Zudem erklärte Aldana, dass eine rechtliche Grundlage entwickelt werden müsse, um sicher zu stellen, dass das Justizsystem der Völker der Maya, Xinka und Garifuna integriert werden – etwa indem die Akademie für indigenes Recht das traditionelle Rechtssystem in die Universitätsausbildung einführt. (Cerigua)

Mesoamerika erhebt sich: ein Buch von den Widerständen, für die Widerstände

(Die Redaktion unterstützt dieses Projekt ideell und publiziert diesen werbenden Spendenaufruf, gerade diesen, weil er das auch von Fijáte! häufig genannte Widerstandsdorf La Puya erwähnt.)

Mexiko/USA/Deutschland/Österreich/Spanien, 22. Mai - Ein Buch, in dem die Stimmen und Erfahrungen der Menschen aus den 17 Gemeinden von Mexiko bis Costa Rica zu Wort kommen, mit denen wir uns während der „Karawane Mesoamerika für ein Gutes Leben der Menschen im Widerstand“ ausgetauscht haben. 29 Kilometer von Guatemala-Stadt entfernt, gibt es seit mehr als vier Jahren einen gemeinschaftlichen Kampf, bekannt unter dem Namen: „Friedlicher Widerstand La Puya“. Menschen aus mehreren umliegenden Gemeinden halten, gegenüber von der Mine, ein Dauerprotestcamp aufrecht, um das Leben zu verteidigen, wie sie sagen. Doña Licha teilt mit uns ihre Gedanken, was wir machen können, um die Erde zu schützen. <https://www.youtube.com/watch?v=GgII288qmbk&feature=youtu.be>

Wir sind gerade dabei, unschätzbare Stimmen und Kenntnisse wie diese in einem "Buch von den Widerständen für die Widerstände" zusammenzutragen. Schwerpunkte werden die Strategien von Regierungen und Firmen sein, um ihre Interessen durchzusetzen, aber auch die Strategien des Widerstandes sowie praktische Anleitungen für sachgerechte Technologien u.v.m. Hier geht es zur **Spendenkampagne**.

Nur mit Deiner Unterstützung wird es möglich sein, dieses praktische Werkzeug zu publizieren und mit den Gemeinden zu teilen. Wir freuen uns über jede Unterstützung und Weiterverbreitung der Kampagne! Vielen Dank!

Kollektive in Aktion: Auf der Spendenplattform kann mit Kreditkarte gespendet werden. Wer keine hat, kann auch an folgendes Konto spenden: ARGE RECHTSHILFEFONDS MITTELAMERIKA, IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79, BIC: WUPSDE33XXX, Stichwort: Karawane Mesoamerika

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6